

Weilburger Anzeiger

Kreisblatt für den



Oberlahnkreis

Amtliches Organ für sämtliche Bürgermeisterämter des Oberlahnkreises.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.
Neuestes und gelesenstes Blatt im Oberlahn-Kreis.
Herausgeber Nr. 66.

Verantwortlicher Redakteur: Hr. Cramer, Weilburg.
Druck und Verlag von H. Cramer,
Großherzoglich Luxemburgischer Postbesitzer.

Vierteljährlicher Abonnementspreis 1 Mark 50 Pfg.
Durch die Post bezogen 1,50 M. ohne Bestellgeld.
Inserationsgebühr 15 Pfg. die kleine Zeile.

Nr. 30. — 1914.

Weilburg, Donnerstag, den 5. Februar.

66. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

J. Nr. II. 776.

Weilburg, den 3. Februar 1914.

Betr. Feuerlöschwesen.

Nach Mitteilung des Herrn Landeshauptmanns zu Wiesbaden vom 22. 1. 1914 III. 163 gewährt der Verbandsausschuß des Feuerwehr-Verbandes im Regierungsbezirk Wiesbaden den Gemeinden bei Anschaffung von Uniformen und Personal-Ausrüstungsgegenständen u. s. w. für Pflicht- oder freiwillige Feuerwehren nur dann Beihilfen aus Mitteln der Nassauischen Brandversicherungs-Anstalt, wenn sie nachgewiesen haben, daß die Muster und Kostenaufschläge über die beabsichtigten Anschaffungen von dem Verbands-Ausschuß des Feuerwehr-Verbandes im Regierungsbezirk Wiesbaden gebilligt worden sind.

Begründet wird dieses Ersuchen damit, daß fortgesetzt noch Feuerwehren, insbesondere aber die neugegründeten Wehren, unvorschriftsmäßige oder überflüssige Anschaffungen machen, daß sie häufig sich schlechte Waren anschaffen, und hierfür oder auch für gute Waren viel zu hohe Preise bezahlen müssen.

Als ein Hauptübelstand ist ferner zu beklagen, daß immer noch viele Wehren, und auch hier wieder am meisten gerade die neu gegründeten Wehren, alle Anschaffungen pp. bereits bewirkt haben, ehe sie hier um Unterstützung nachgesucht oder sonst sachverständigen Rat eingeholt haben.

Der Herr Landeshauptmann wird daher für die Folge alle Gesuche um Gewährung von Unterstützungen aus der Nassauischen Brandversicherungs-Anstalt zur Beschaffung von Personal-Ausrüstungen der Pflicht- und freiwilligen Feuerwehren zunächst an den Verbands-Ausschuß des Feuerwehr-Verbandes im Regierungsbezirk Wiesbaden zur Prüfung einsenden und nur dann Beihilfen bei dem Verbands-Ausschuß beantragen, wenn die anzuschaffenden Personal-Ausrüstungen in allen Punkten den Vorschriften des § 6 der „Allgemeinen Bestimmungen vom 16. Dezember 1896“ (vergl. Extra-Beilage zum Reg.-Amtsblatt Nr. 52 von 1896) entsprechen und insoweit sie von dem Verbands-Ausschuß des Feuerwehr-Verbandes im Regierungsbezirk Wiesbaden zur Anschaffung empfohlen sind.

Ich weise gleichzeitig darauf hin, daß der Verbands-Ausschuß des Feuerwehr-Verbandes im Regierungsbezirk Wiesbaden bereit ist, auch bei Anschaffungen von Feuerlöschgeräten Ratschläge zu erteilen und sachgemäße Auskunft über alle Feuerwehr-Angelegenheiten zu geben.

Sämtliche Vorforderungen für den Verbands-Ausschuß des Feuerwehr-Verbandes sind an dessen Vorsitzenden Herrn Feuerlöschdirektor Trops zu Viebrich a. Rh. zu richten.

Ich bemerke noch, daß freiwillige Feuerwehren regelmäßig nur dann Aussicht auf Gewährung von Beihilfen aus der Nassauischen Brandversicherungs-Anstalt haben, wenn sie Mitglieder des Feuerwehr-Verbandes im Regierungsbezirk Wiesbaden sind.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
Ver.

Nichtamtlicher Teil.

Dreibund-Fragen.

So festgesetzt die Beziehungen der zentraleuropäischen Staaten, die den Dreibund ausmachen, sind, so ist es doch selbstverständlich, daß die fortschreitende Entwicklung der Politik und des Wirtschaftslebens neue Fragen zeitigt, die zwar auf Grund des Bundesverhältnisses leichter wie sonst gelöst werden können, die aber doch der reichlichen Erwägung bedürfen. Die deutsche Wehrkraft ist im vorigen Jahre bedeutend verstärkt worden. Österreich-Ungarn nimmt jetzt eine Vermehrung um 80.000 Mann vor, Italien läßt es bei einem noch etwas geringeren Zuwachs bewenden, es wird aber im Schiffsbau ein beschleunigtes Tempo einschlagen. Im Deutschen Reich ist von einer neuen Flotten-Entscheidung noch nichts bekannt geworden, aber, nachdem der englische Marineminister Churchill das Signal zu neuen Rüstungen gegeben hat, wird der heutige Stand bei uns nicht für immer unverändert bleiben.

Der Stand der Wehrkraft ist die praktische Grundlage für alle politische Freundschaft. Das ist nicht notwendigerweise besorgniserregend, sondern kann auch beruhigend sein. Bei der Friedensliebe des Dreibundes liegt darin keine Gefahr, auch für die britisch-französische „Entente cordiale“ steht darin ein Dämpfer. Wir hätten schon einen Krieg, wenn England auf militärischem Gebiete alles getan hätte, was Frankreich wünscht. Aber über die Höhe der Wehrkraft muß Klarheit und Einverständnis bestehen, und das ist auch wohl im Dreibund für die Gegenwart der Fall. Heute trägt Deutschland die Hauptlast; in Wien und in Rom kann man nicht so, wie es mit Bezug auf uns hätte

der Fall eigentlich sein müssen, die Finanzverhältnisse und die Partei-Gruppierungen hemmen. Darum dürfen wir nicht die heutige Regelung zu dem dauernden Gesetz werden lassen, daß Deutschland immer die Hauptrolle spielt.

Der in Sicht kommende Ablauf der Handelsverträge wird Anlaß geben, das Soll und Haben der Dreibund-Mächte genauer zu prüfen. Fürst Bismarck vertrat den Standpunkt, daß sich die reine Politik und die Wirtschaftspolitik sehr wohl von einander trennen ließen. Diesen Grundsatz wird man indessen heute nicht mehr unter allen Umständen durchzuführen vermögen, das Leben packt die Nationen oft zu rauh an. Im Reichstage hat der Staatssekretär Dr. Delbriß bekanntlich erklärt, wir würden die Handelsverträge nicht kündigen. Das kann bedeuten, daß wir nicht mehr verlangen, es kann aber auch bedeuten, daß bei uns die Grenze des Gebens erreicht ist. Aus Wien, Budapest und Rom machen sich bereits Wünsche geltend, von denen es fraglich ist, ob die Regierungen sie auf das rechte Maß zurückdrängen können. Die Verhelführung einer Einigung ist kaum zu schwer im Dreibunde, aber außerhalb desselben wird man aufhorchen.

Für den Nährstand aller drei Staaten wäre es von größtem Nutzen, wenn man sich über gewisse Prinzipien einigen könnte. Vertreten die drei (mit Ungarn vier) Regierungen in großen Dingen dieselben Grundsätze, so hat das viel mehr Gewicht, als wenn eine Staatsvertretung so auftritt. Man sollte meinen, daß bei gutem Willen das zu erzielen wäre, auch wenn Italien starke Interessen nach Frankreich hat, die bei der geographischen Lage selbstverständlich sind. Man soll in diesen praktischen Dingen nicht vom „Weltanschauungs-Standpunkt“ reden und auf die ideale Dreibund-Freundschaft hinweisen, denn ohne gute Finanzen und gewichtige Einnahmen hält auch die größte Freundschaft nicht aus. Alle politischen Interessen im näheren und ferneren Orient sind Macht- und wirtschaftliche Fragen; aber die wirtschaftlichen Fragen in Zentral-Europa ragen weit über jene hinaus, obwohl von den letzteren weit mehr, wie von den ersteren heute die Rede ist.

Drin im Hause.

Die so häufig schwankende Witterung dieses Winters hat auf die Erwärmung der Wohnungen eine ganz besondere Aufmerksamkeit richten lassen. Die Frage „ob Zentralheizung, ob Ofenheizung“ ist längst nicht mehr eine Angelegenheit der großen Städte, seitdem sie auch anderswo beim Neubau von Häusern ernstlich in Erwägung gezogen wird. Daneben besteht aber auch, namentlich im deutschen Westen, heute noch die Sitte fort, überhaupt keine Ofen in den Wohnungen anzubringen, sondern deren Beheizung den Mietern zu überlassen. Das ist eine Praxis, die namentlich beim Wohnungswechsel Unständlichkeiten bereitet.

Daß die Zentralheizung nicht ohne Zwischenfälle ist, ergibt sich daraus, daß in Wohnungs-Offerten öfter die Ofenheizung als Vorzug bezeichnet wird, während sie anderswo der Unständigkeit und des Staubs wegen in der Wert-schätzung zurücksteht. Es liegt die Meinungsverschiedenheit wohl daran, wie man sich in die verschiedenen Heizarten hineinfindet. Obacht und Sorgsamkeit ist in allen Fällen nötig, und den Rest tut die Gewöhnung.

Bei den letzten Neubauten sucht man nun einen Ausweg zu finden. Older werden bei den heutigen Baukosten die Räume nicht, die Hausbesitzer haben auch keine Neigung, bei ungünstigen Herbst- und Frühlings-Verhältnissen über die Gebühr die Zentralheizung in Dienst zu stellen. Darum richtet man in neuen Häusern, für welche Zentralheizung beliebt ist, die Sache so ein, daß die Räume, die als Schlaf- und Wohnzimmer angesehen werden, mit Ofen- und Zentralheizung versehen werden, so daß die letzteren unter Umständen selbstständig erwärmt werden können. Das ist praktisch, aber — billiger wird das moderne Heim dadurch natürlich auch nicht.

Politische Rundschau.

Vom Donau-Mainkanal. Eine dem bayerischen Abgeordnetenhaus zugegangene Denkschrift des Ministeriums erörtert die Entwicklung und den Verfall des Donau-Main-Kanals, dessen Ausbau für 200 Tonnenschiffe bis Nürnberg 15, bis Bamberg 30 Millionen, bei gleichzeitiger Verminderung der Schleusenzahl aber das Doppelte kosten würde. Da nur 600 Tonnenschiffe den Wettbewerb mit den Eisenbahnen aufnehmen könnten, da ferner auf dem bis Rastatt-Main kanalisierten Main 1500 tönne, auf der bayerischen Donau 650 tönne Schiffe verkehren, wird empfohlen, die Sache einstweilen ruhen zu lassen, da die zukünftige Gestaltung der Verhältnisse einen neuen Kanal mit anderer Linienführung erfordern könnte.

Schädigung der deutschen Industrie. Verschiedenen rumänischen Staatsmännern und höheren Offizieren ging dieser Tage aus Berlin der geographische Bericht über die Reichstags-Sitzung vom 26. April v. J. zu, in der der sozialdemokratische Abg. Liebknecht seine später in nahezu nichts zusammengefallenen schweren Anlagen gegen die Firma Krupp und die deutsche Heeresverwaltung erhob. Die sozialdemokratische Partei-Litung in Berlin schenkt also nicht, die deutsche Waffenindustrie und damit Tausende

deutscher Arbeiter im Auslande zu Gunsten der fremd-ländischen Konkurrenz zu schädigen.

Kein Benzinmonopol. Gegenüber der Meldung, daß die Reichsregierung entgegen der bisherigen Annahme auch das Benzin in das Petroleummonopol einzubeziehen beabsichtige, erfährt die Augen-Zeitung von maßgebender Stelle, daß die Regierung lediglich eine Benzin-Vertriebs-gesellschaft errichten will, womit einem Wunsche der Militärverwaltung entsprochen werden soll. Eine Einbeziehung des Benzins in das Petroleummonopol ist nicht beabsichtigt.

Ueber die deutsch-englischen Beziehungen

Gaben am Mittwoch in der Budgetkommission des Reichstags die Staatssekretäre v. Tirpitz und v. Jagow bemerkenswerte Darlegungen. Der Staatssekretär des Reichsmarineamts erklärte das von England angebotene Verhältnis der Kriegsschiffe von 16 zu 10 auch heute noch als annehmbar für uns. Der gelegentlich einer Rede von Churchill angeregte Gedanke eines Frierjahres sei dagegen unmöglich. Bestimmte Vorschläge Englands seien an uns bisher auch nicht herangetreten, würden jedoch wohlwollend geprüft werden. Deutschland steigerte seine Flottenausgabe in den letzten fünf Jahren um 55, England, das damals schon eine doppelt so starke Flotte hatte, um 216 Millionen, wozu noch der zu erwartende Nachtragssatz von 60 Millionen kommt, Frankreich um 134, Rußland um 302 Millionen, die fast ausschließlich auf die russische Flotte entfielen.

Staatssekretär des Auswärtigen Amts v. Jagow bezeichnete darauf unser gegenwärtiges Verhältnis zu England als ein recht gutes. Entspannung und Annäherung schritten fort. Auch der Grundton in der öffentlichen Meinung sei ein anderer geworden. Diesseits wie jenseits des Kanals habe die Erkenntnis an Boden gewonnen, daß beide Völker in vielen Fragen mit und neben einander arbeiten können. Die jüngsten Balkan- und andere Vorgänge haben dazu viel beigetragen. In England konnte man sich überzeugen, daß Deutschland keine aggressive Politik verfolgt. Mit England konnte Deutschland ausgleichend zwischen den Machtgruppen wirken und internationale Konflikte verhüten. Die Beziehungen zwischen beiden Kabinetten seien vertrauensvoll und von gegenseitigem Entgegenkommen getragen. Aber Einzelfragen wurden Verhandlungen geführt, aber noch nicht abgeschlossen, um im wirtschaftlichen und kolonialpolitischen Wettbewerb Interessengegenstände zu vermeiden. Es spielen da auch Interessen anderer Staaten (gemeint ist Portugal) hinein. Man dürfe erwarten, daß das endliche Ergebnis beide Länder befriedigen würde. Der Staatssekretär bestätigte die Erklärung des Herrn v. Tirpitz, daß wegen des Frierjahres im Flottenbau, das auch in England wenig Anklang finde, ähnliche Vorschläge von London aus der deutschen Reichsregierung nicht gemacht worden seien.

In der Besprechung ging die Kommission auf das Frierjahr nicht ein. Ein Redner bemerkte, die unfreundliche Haltung vieler englischer Blätter lege uns eine gewisse Zurückhaltung auf. Mißtrauen sei eine erste politische Tugend. Bedenklich für Deutschland sei der Ausbau der russischen Flotte. Weiter wurde betont, daß gegen die Organisation der türkischen Flotte durch England kein Einspruch erhoben worden sei, daß man dagegen der deutschen Militärmission Schwierigkeiten in den Weg zu legen versuchte. Staatssekretär v. Tirpitz erklärte, daß wir zur Sicherung der Geschützfabrik durch die ausländischen Kriegsschiffe genötigt wurden. An unserem bewährten Flotten-gesetz hielten wir fest, denn nur ihm hätten wir die Verbesserung unserer Beziehungen zu England zu danken. Die Nichtbeschädigung der Weltausstellung in San Francisco erfolgte aus wirtschaftlichen, nicht aus politischen Gründen. Der Zweck der Entsendung einer Schiffsdivision in den Atlantischen Ozean war die Erprobung und zugleich der Wunsch, sie unseren Kolonien zu zeigen. Das Gehalt des Marine-Staatssekretärs wurde bemittelt. Am heutigen Donnerstag wird die Frage der Luftflotte beraten.

Mit der Einführung des deutschen Kronprinzen in die Angelegenheiten der Staatsverwaltung und des öffentlichen Lebens wurde laut „Deutsch. Tagesztg.“ der Landrat des Kreises Rügen, Freiherr v. Malchow, beauftragt.

Aus den Kommissionen. Die Reichstags-Kommission für den Gesetzentwurf über Verschärfung des Spionage-gesetzes strich die Stelle, daß Mitteilung militärischer Nachrichten strafbar sein soll. — Die Kommission für den Kolonialgerichts-Hof lehnte Anträge, die zur Wahrung der Reichseinheit Entscheidungen des Reichsgerichts herbeiführen wollen, ab und erledigte den Gesetzentwurf in erster Lesung. — In der Budgetkommission des preussischen Abgeordneten-hauses erklärte bei Besprechung der Radium- und Mesothorium-Frage ein Regierungskommissar, daß diese Frage noch nicht abschließend erledigt sei und daß es deshalb nicht zweckmäßig sei, große Ausgaben dafür zu machen. — Die Kommission für den Hausrath-Verkauf beriet über Vorschläge eines Verbots des Verkaufs von Mitteln gegen die Schwangerschaft, kam aber noch zu keinem Beschluß.

Der neue Straßburger Staatssekretär v. Roedern äußerte laut „Tägl. Anz.“, daß es sein Wunsch sei, zur Presse die besten Beziehungen zu unterhalten, die Presse werde bei ihm stets eine offene Tür finden.

Der Regierungswechsel in Elßah-Pothringen, soweit er bereits bekannt wurde, ist soeben im Reichsanzeiger amtlich publiziert worden. Der Nachfolger des Unterstaatssekretärs Petri wird auch darin noch nicht bekannt gegeben. Dem Staatssekretär Born v. Bulach wurde die Genehmigung des Entlassungsgefuges gewährt unter Bezeugung des unveränderten Wohlwollens und Dankes des Kaisers für die geleisteten langjährigen treuen Dienste.

Interessante militärische Ernennungen. Laut „Tag“ ist Generalleutnant Frhr. v. Richtofen, bisher Kommandeur der Gardelavallerie-Division, in gleicher Eigenschaft zur 6. Division in Brandenburg a. N. versetzt worden. Mit der Führung der Gardelavalleriedivision wurde Generalmajor von Pelet-Marbonne beauftragt, derselbe, der im Reutier-Prozess vor dem Straßburger Kriegsgericht den Vorsitz führte. Diese ausgezeichnete Ernennung ist besonders deshalb bemerkenswert, weil Generalmajor v. Pelet-Marbonne wegen seines Glückwunsch-Telegrammes an den früheren Reichstagsabgeordneten von Oldenburg-Sanushau nach dem Freispruch v. Reutters scharf angegriffen worden war. — Zum Gouverneur von Metz anstelle des Generals v. Oden wurde der bisherige Kommandeur der 16. Division Generalleutnant von Lindenau ernannt.

Zur Bekämpfung des Bevölkerungsrückganges ordnete der preussische Minister des Innern an, daß die Veröffentlichung der ständesamtlichen Nachrichten über die Geburten, Bereinigungen und Geburten fortan unterbleibe oder zumindest eingeschränkt werde, um die Möglichkeit zu verhindern, daß an die Adresse der Betreffenden Anpreisungen zur Verhütung der Volksvermehrung gesandt werden.

Deutscher Reichstag.

205. Sitzung vom 4. Februar.

1 Uhr 15 Min. Präsident **Kämpf** gibt im Namen des Hauses dem tiefen Bedauern Ausdruck über den Autounfall, den die Abgeordneten Büß (Ztr.) und Hebel (Ztr.) auf dem Wege zum Reichstagsgebäude erlitten.

Die zweite Lesung des Staats des Reichsamts des Innern (11. Beratungstag) wird mit einer Besprechung über die Handhabung des Vereins- und Versammlungs-gesetzes fortgesetzt. Anträge des Zentrums, der Polen und der Sozialdemokraten fordern die Aufhebung des Sprachenparagraphe, ferner die Befestigung des Verbots der Teilnahme jugendlicher Personen an politischen Vereinen und Versammlungen. Das Recht der Polizeibehörden, Beauftragte in öffentliche Versammlungen zu entsenden, soll in eingeschränktem Sinne klargestellt werden. Die Ausübung des Versammlungsrechts gegen Verhinderung durch polizeiliche Anordnungen über die Polizeistunde soll geschützt werden usw.

Abg. v. Saszewski (Polen): Die Handhabung des Vereinsgesetzes gibt andauernd zu Beschwerden Anlaß. Schuld daran ist in erster Linie der unglückselige Sprachenparagraphe. Es entspricht dem Naturgesetz, daß man nicht nur in der Familie, sondern auch gegenüber den Stammesbrüdern die Muttersprache gebrauchen soll. Der Sprachenparagraphe ist nur ein Ausnahmefall gegen die Polen. Man will den Gebrauch der polnischen Sprache in den polnischen Vereinen überhaupt untersagen. (Zurufe bei den Polen: Unerhörte!) Alle polnischen Vereine, sogar die Entschaffungsvereine, werden für politische erklärt. In Westpreußen werden allen polnischen Theatervereinen die Rechte abgesprochen. Wir brauchen Einheitlichkeit der Rechtsprechung in Vereinsangelegenheiten. Das Reichsgericht ist überfordert. Der jetzigen Rechtsprechung muß ein Ende gemacht werden. Gewalt kann ein Land erobern, aber niemals auf die Dauer regieren.

Abg. Legien (Soz.): Das Vereinsgesetz wird trotz aller Versprechungen vom Regierungstisch immer noch kleinlich angewendet. In Essen wurden die Listen des Transportarbeiterverbandes beschlagnahmt und der Eisenbahnbehörde ausgeliefert. Das war Diebstahl! Wo aber blieb der Staatsanwalt? Gewerkschaftliche Versammlungen werden als politische behandelt. Das ganze Überwachungsrecht der Polizei muß beseitigt werden. Selbst Mitgliederversammlungen werden willkürlich überwacht. Kein vernünftiger Mensch hat daran gedacht, für die Genehmigung der Abhaltung von Versammlungen eine Gebühr zu erheben. In Sachen hat man drei Mark dafür gefordert, und das sächsische Ministerium hat das bestätigt. Auch die Arbeiterportvereine sind als politisch erklärt worden, ebenso die sozialdemokratischen Gewerkschaften. Den christlichen Gewerkschaften und Sportvereinen bürgerlicher Parteien gegenüber tut man das nicht. Die deutschen Turnvereine, der Pfadfinderbund haben wiederholt an den Reichstag petitioniert, obwohl die Mitglieder zum großen Teil noch nicht 18 Jahre alt sind. Trotzdem hat kein Mensch diese Organisationen

für politische Vereine erklärt. Der Berliner Polizeipräsident von Jagow hat das Vereinsgesetz als Strafgesetz bezeichnet. Man weiß nicht, ob die juristischen Kenntnisse oder die Gewissenhaftigkeit bei Herrn von Jagow geringer sind. (Vizepräsident **Paasche** rügt den Ausdruck.) Herr v. Jagow sagt gleichsam unter dem Eid der Unwahrheit aus, wenn er in einem Gutachten, das soviel gelten muß wie eine Zeugenaussage, behauptet, die Generalkommission der Gewerkschaften nehme an den Sitzungen des sozialdemokratischen Parteitag teil. (Vizepräsident **Dove** weist den Vergleich als unzulässig zurück.) Redner schließt: Wir verlangen dasselbe Recht, das die bürgerlichen Parteien genießen.

Abg. Marx (Ztr.): Für die Sozialdemokraten gibt es kein besseres Agitationsmittel als die Handhabung des Vereinsgesetzes. Wir beklagen das Unrecht, auch wenn es politischen Gegnern geschieht. Die freien Gewerkschaften erklären jedoch selber, daß sie eins mit der sozialdemokratischen Partei sind. Redner begründet die Forderungen des Zentrumsantrages und erinnert an das Verbot des Amundsen'schen Vortrages in norwegischer Sprache. Auch den Berliner Schulleuten muß die Vereinigung gestattet werden.

Direktor im Reichsamt des Innern Lewald führte aus, die Handhabung des Gesetzes stehe den einzelstaatlichen Regierungen zu. Die Reichsleitung sei gar nicht in der Lage, im Falle von Beschwerden einzugreifen, obwohl das Vereinsgesetz auch der Beaufsichtigung des Reiches unterliege. Die verschiedenen Ausführungsbestimmungen ständen durchaus auf dem Boden des Vereinsgesetzes und seien von dem Wunsche getragen, das Gesetz in einem liberalen, von Schranken freiem Sinne auszuführen. Die Angriffe der Vorredner hätten auch nicht den Ausführungsbefehl, sondern den auslegenden Gerichten gegolten. In den gerichtlichen Urteilen herrsche nach der sechsjährigen Praxis des Gesetzes eine große Sicherheit und Übereinstimmung. Zur Einbringung einer Novelle zu dem Vereinsgesetz bestünde bei den meisten Bundesregierungen keine Neigung. Auch hinsichtlich des Sprachenparagraphe hätten die verbündeten Regierungen ihren Standpunkt nicht geändert. Redner gab dann eine ausführliche Darstellung des Falles Amundsen. Landwirtschaftliche und sportliche Vereine können tatsächlich als politische gelten. Das Verbot des Berliner Polizeipräsidenten gegen den Schumann-Verein war berechtigt. Abg. v. Belt (H.) lehnte jede Änderung des Vereinsgesetzes ab. Abg. Martin (Sp.) hielt an der Zuständigkeit der Gerichte fest. Donnerstag 1 Uhr: Weiterberatung. Schluß gegen 7 Uhr.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

Das preussische Abgeordnetenhaus, in dem Handelsminister v. Sydow anlässlich der Beantwortung der Interpellation über das Grubenunglück auf Zeche Achenbach die Erklärung abgegeben hatte, daß seitens der Regierung unverzüglich an der Sicherung des bergbaulichen Betriebes gearbeitet werde, eröffnete am Mittwoch die Beratung des Justizetats. Es lag ein Antrag **Kronsohn (Sp.)** auf Vorlegung einer Denkschrift über den jetzigen Stand der Gefängnisarbeit vor. **Abg. Dartscher (Ztr.)** wünschte im Interesse des hochbelasteten Grundbesitzes eine Ermäßigung der Stempelsteuern. **Abg. Nieber (ntl.):** Zur Erleichterung der Lage der Gläubiger zweiter und dritter Hypotheken, die bei Zwangsversteigerungen regelmäßig das verpfändete Grundstück erwerben müssen, sollte bei Berechnung der Kosten nicht der volle gemeine Wert des Grundstücks, sondern höchstens zwei Drittel zugrunde gelegt werden. **Abg. Bieder (H.)** trat dafür ein, daß aus der Gefängnisarbeit dem Handwerk keine Konkurrenz entstehen dürfe. **Abg. Schmidt (Ztr.)** schlug das Sortieren von Altmaterialien als beste Gefängnisarbeit vor. Auch die Abgg. **Boisly (ntl.)** und **Hammer (H.)** sprachen über Gefängnisarbeit. **Justizminister Bielefeld:** Ein Vorschlag für die Gefängnisinsassen als Ansporn ausgelegt werden. Dabei unterscheiden wir zwischen gelerntem und ungelernten Arbeitern und es soll grundsätzlich nur für den Staat gearbeitet werden. Nur da, wo keine Konkurrenz für andere Arbeiter entsteht, sollte auch für den freien Markt gearbeitet werden. Der Antrag **Kronsohn** wurde angenommen. **Abg. Ischert (Ztr.)** forderte, daß bei den Referendaren mehr Wert auf die Ausbildung des Charakters gelegt werde und kritisierte das Prozedereverfahren Knittel. Der Justizminister gab zu, daß der Vorstoß im Knittel-Prozess gefehlt habe, er werde zur Rechenschaft gezogen werden. **Abg. Boisly (ntl.)** wünschte eine Reform der Eidesfrage, auch die unbelebte falsche Aussage solle strafbar sein. **Abg. Grundmann (H.)** forderte größeren Schutz vor geist-

ranken Verbrechen. **Justizminister Bielefeld** erklärte sich, daß die Frage der Erstattung der Auslagen an Vormünder nach der Prüfung bedürfe. Donnerstag 11 Uhr: Weiterberatung. Schluß halb fünf Uhr.

Local-Nachrichten.

Weilburg, den 5. Februar 1914.

Volksverein. Nach einer längeren Pause wird am kommenden Sonnabend der hiesige Volksverein wieder einen Vortragsabend veranstalten, und zwar über die Geschichte der deutschen Landwirtschaft. Bei der großen und vielseitigen Bedeutung der Landwirtschaft darf man wohl auch bei einer städtischen Bevölkerung Interesse für dieses Thema voraussetzen. Es versteht sich von selbst und ist auch in der Anzeige zum Ausdruck gebracht, daß im Rahmen eines einzigen Vortrages nur die Hauptphasen der deutschen Landwirtschaftsgeschichte hervorgehoben werden können. Zum Schluß werden die wichtigsten Fragen und Sorgen der neuzeitlichen Landwirtschaft sowie ihre Bedeutung für das deutsche Volk berührt. Falls es die Zeit erlaubt, wird der Vortrag durch einige Stellen aus G. Frentags „Bilder aus der deutschen Vergangenheit“ ergänzt. Nach dem Vortrag findet wie üblich gegenseitige Aussprache statt. Gäste — auch aus den Nachbarorten — sind wie immer willkommen.

Herr Kaplan Reutner von hier ist zum Pfarrer ernannt und zur Pfarrei Bad-Homburg-Rindorf versetzt.

Die Hebammen, Frau Hardt-Selters und Frau Schmalz-Beyer konnten dieser Tage auf ein „40-jähriges Berufsjubiläum“ zurückblicken. Aus diesem Anlaß fand gestern im Anschluß an die Versammlung des Hebammenvereins des Oberlahnkreises eine Feier statt, bei welcher Herr Kreisarzt Dr. Schaus mit anerkennenden Worten den Jubilarinnen die ihnen von Ihrer Maj. der Kaiserin verliehene goldene Verdienstbroche überreichte. Herr Bürgermeister Neu-Selters beglückwünschte namens der Gemeindevertretung die Hebammen seiner Gemeinde und übergab ihr ein wertvolles Geschenk. Im Auftrage des Vereins gratulierte die Vorsitzende Frau Schiele aufs herzlichste und überreichte der einen Jubilarin einen Sessel, der anderen einen Tafelaufsatz.

[Kommunallandtag.] Der Oberpräsident gibt bekannt, daß der Kommunallandtag des Regierungsbereichs Wiesbaden auf Montag, den 20. April, nach der Stadt Wiesbaden einberufen ist. Die Eröffnung wird nachmittags 6 Uhr in dem Sitzungssaal des Landhauses zu Wiesbaden stattfinden.

Wegen der Ausübung des Handwerkes durch weibliche Handwerker hat der geschäftsführende Ausschuss des Deutschen Handwerks- und Gewerbetages beschlossen, möglichst für das ganze Reichsgebiet einheitliche rechtliche Vorschriften und eine einheitliche Behandlung sämtlicher Gewerbebranchen durchzuführen, weswegen diese Frage als Verhandlungsgegenstand für den nächstjährigen Kammertag in Aussicht genommen ist.

Provinzielle und vermischte Nachrichten.

Witbelau, 4. Febr. Herr Lehrer Baumann von hier wurde nach Langenhain (Kreis Höchst) versetzt.

Kunkel, 4. Febr. Der hiesige Turnverein beschäftigt in diesem Jahre die Turnhalle auszubauen und einen Anbau für den Vereinsdiener herzustellen. Aus diesem Anlaß fand gestern Abend im Hotel Späth eine Besprechung statt. Herr Pfarrer Müller gab mit kurzen Worten seiner Freude dahin Ausdruck, daß es bei dieser Gelegenheit vielleicht möglich sei, leicht eine Kleinkinderschule mit einzurichten. Der Vorschlag fand allgemeinen Anklang. Die Versammlung kam schließlich zu dem Resultat, eine Kommission bestehend aus den Herren Pfarrer Müller, Amtsrat Buchsieb, N. Broghammer, Rechnungssteller Reymann, Amtsrichter Maurer, Bürgermeister Groß und Hauptlehrer Schmidt zu wählen, welche die sehr wichtige Angelegenheit näher ausarbeiten und demnächst mit dem Turnverein gemeinsam verhandeln wird. Wir wollen hoffen, daß die Arbeit Erfolg hat und der Vorschlag des Herrn Pfarrer Müller zur Wirklichkeit wird, dann ist dem Turnverein sowohl, wie einem lange gehegten Wunsche der hiesigen Einwohner Rechnung getragen.

„Sie machen uns unsere Aufgabe schwerer, als Sie glauben, Herr von Randow,“ sagte sie leise. „Wir sind nach Deutschland geschickt worden, um einen Mann zu retten, der etwas Schlimmeres ist als eine Bestie. Und nun finde ich in Ihnen einen Mann von Ehre — einen Mann, der ein Versprechen hält, trotzdem es ihm das Leben kostet, und der sich überhaupt wie ein Kavaliere benimmt. Ich muß den Auftrag erfüllen, der mir geworden ist — wenn ich es auch noch so sehr bedauere, ich bin gezwungen, so zu handeln. Aber können Sie es uns nicht ein wenig leichter machen?“

„Ich begreife nicht recht, was Sie darunter verstehen,“ erwiderte Burchardt, von den Worten der Französin aufs höchste überrascht. „Ich habe mich vollkommen in Ihre Hände geliefert, und —“

Berthe unterbrach ihn durch eine ungeduldig abwehrende Handbewegung.

„Ja gewiß, aber so meine ich es ja auch nicht. Ich dachte gar nicht an die Tat selbst, sondern nur daran, wie wir sie motivieren und vor uns selber verantworten können. Wollen Sie mir nicht erklären, was Sie dazu veranlaßt, gegen den Orden der Freunde in so gemeiner Weise zu handeln, und besonders, warum Sie Rulyn und seine ganze Familie vernichteten?“

„Koch, er er irgend etwas hatte antworten können, fußte sie rasch und eindringlich fort:

„Eine Erklärung liegt ja sehr nahe. Sie sind in einem Irrenhause gewesen; nicht wahr, damals waren Sie nicht geistig gesund? — Ein Wahnsinnsanfall war schuld an Ihrem Verrat?“

Burchardt konnte nur verständnislos den Kopf schütteln. Er wußte ja nicht, was die Rede des Ordens der Freunde über Paul von Randow heraufbeschworen hatte.

Berthe bemerkte seine Verständnislosigkeit wohl und legte sie in ihrer Weise aus.

„Sicher, es ist so, wie ich vermutete,“ sagte sie schnell und beinahe freudig. „Sie haben damals als Irre gehandelt, mit kann ich doch Ihr damaliges Benehmen und das, was Sie

Der Doppelgänger.

Roman von G. Hill.

48 | (Nachdruck verboten.)

„Ich brauche Deinen Bestand nicht, Berthe! — Wenn dieser Herr hier mir irgend etwas zu sagen haben sollte, mag er kommen. Da — das wird ihm einen freundlichen Empfang bereiten.“

Der lange hagere Mann, in dem man alles andere eher als eine besondere Kraft hätte vermuten können, streifte bei den letzten Worten den rechten Rockärmel zurück. Unter dem straff angezogenen Hemde kam ein Arm zum Vorschein, dessen sich ein Preisringer nicht hätte zu schämen brauchen, und der seinen Gegner wohl einschüchtern konnte.

Fermor stand schwer atmend da. Aus seinem Gesicht war alle Farbe gewichen, und leuchtend stieg er endlich hervor: „Was — was hat das zu bedeuten? — Sie dulden es, Berthe, daß er Sie mit „Du“ anredet?“

Die Französin antwortete mit der Antwort. Leslie Boules aber, von dessen Gesicht das kühle Lächeln noch immer nicht verschwunden war, sagte ruhig:

„Ich werde meine Braut anreden dürfen, wie ich es für gut finde, nicht wahr? — Und vor allem haben Sie sich am wenigsten darum zu scheren. — Aber ich glaube, daß Sie irgend etwas von mir wollten.“

Wie unter einem Peitschenhieb war Fermor bei seinen Worten zusammengekracht. Nun wandte er sich von seinem Gegner ab und blickte Berthe wie in stummer Frage an.

Die Augen des Mädchens hatten bewundernd auf dem ganz veränderten Boules geruht. Jetzt zuckte sie die Achseln und maß den Kleinen mit einem kalten Blick.

Sie werden es wohl glauben müssen, mein Lieber! — sagte sie ruhig. „Und ich rate Ihnen, jetzt Frieden zu halten. Wir sind zwei gegen einen — wer dabei den Kürzeren ziehen würde, ist wohl nicht sonderlich schwer zu erraten. Aber wir vergessen ganz, daß wir nicht allein sind. Tragen Sie Ihre

Strenge, bitte, zu gelegener Zeit aus, als es diese Stunde ist.“

Sie wandte sich wieder Burchardt zu, als sei mit ihren Worten die Sache wirklich abgetan. Auch Boules ließ sich wieder am Tische nieder, ohne dem anderen noch einen Blick zu schenken. Der kleine Amerikaner stand einen Augenblick wie gelähmt; dann griff er plötzlich nach seinem Hut und stürmte hinaus, ohne noch ein Wort zu sagen.

„Er wird sich in der frischen Luft bald erholen,“ meinte der menschlicher Vange. „Es war wohl für ihn ein bißchen viel auf einmal.“

„Du bist aber auch zu hart gewesen,“ sagte Berthe mit leisem Vorwurf. „Ich hätte es ihm schon noch ein anderes Mal etwas milder beibringen können.“

Burchardt hatte dem allen zugehört wie einem Schauspiel. Er hätte es ohne Mitleid und ohne einen Finger zu rühren mit angesehen, wenn sich die beiden Schurken gegenseitig umgebracht hätten — und er bedauerte es beinahe, daß die Sache sich friedlich zu lösen schien. Denn für die Möglichkeit konnte es nur als ein Gewinn bezeichnet werden, wenn Leute dieses Schlagens verteilt wurden.

Er setzte sich jetzt ebenfalls wieder an den Tisch und war nengierig, was nun kommen würde. Und wenn überhaupt noch etwas ins Land gekommen wäre, ihn zu verblüffen, so wäre es die Ruhe gewesen, mit der das „Brautpaar“ über den Vorfall hinweg ging, als sei nichts geschehen.

Boules sumpte von neuem die Melodie eines amerikanischen Gassenhauers vor sich hin, und Berthe wiegte nach dem Takt des Liedes ihren Stuhl hin und her. Sie sah so, daß der Schein des Feuers im Kamin voll auf ihr Gesicht fiel. Boules beobachtete den Ausdruck ihrer schönen Züge, der in jedem Augenblick zu wechseln schien. Jetzt, da man ihre Augen nicht sehen konnte, hätte man alles andere eher als verbrochenen Gedanken hinter dieser weißen und glatten Stirn vermutet.

Plötzlich wandte sich Berthe dem Deutschen zu. Alle ihre Bewegungen schienen impulsiv, alles was sie tat und sagte, vom Augenblick eingegeben zu sein.

Sadamar, 3. Febr. Bei der heutigen Bürgermeisterversammlung wurde Herr Dr. jur. Decher auf die Dauer von 12 Jahren als Bürgermeister der Stadt gewählt.

Sachsenburg, 4. Febr. Als Vorsitzender des Verbandsausschusses des Westerrwaldklubs ist an Stelle des bisherigen Regierungsrats Wächter in Limburg Landrat Freiherr von Marbach in Montabaur gewählt worden. Die nächste Sitzung des Klubausschusses findet am 2. März in Dillenburg statt.

Wiesbaden, 3. Febr. Wie das „Wiesbadener Tageblatt“ meldet, ist am Samstagabend der bei der Warschauer Zillaufabrik der chemischen Fabrik Galle u. Cie. in Viebrich angestellte Kassenbote Hefrich aus Viebrich einem Raubmord zum Opfer gefallen. Hefrich wurde am Samstagabend von drei maskierten Männern, die davon Kenntnis erhalten hatten, daß er große Geldsummen für Lohnauszahlungen holen mußte, auf dem Rückwege von der Bank überfallen und durch mehrere Revolverschläge getötet. Die Räuber entriß ihm dabei die Geldtasche, doch fanden sie kein Geld mehr darin, da er den abgehobenen Betrag von der Bank dem Kassierer Mayer übergeben hatte. Der ermordete Kassenbote war 50 Jahre alt, verheiratet und seit 25 Jahren bei der Firma angestellt.

Frankfurt, 4. Febr. Die Strafkammer verurteilte den 37-jährigen Maler Johann Adolf Bülle, der sich wiederholt an einem achtjährigen Mädchen vergangen hat, zu zwei Jahren Zuchthaus.

Frankfurt, 2. Febr. Die Revision des Grafen Herzberg, der am 22. November wegen Betrugs zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt wurde, wurde heute vom Reichsgericht verworfen.

Köln, 4. Febr. Der Rosenmontagszug soll die „Kölner Weltbundaussstellung“ verfeinern. Es sind u. a. folgende Wagen vorgesehen: Haus der Frau, das Theater einst und jetzt, die Mode, Ratschiff Alt-Köln, Sportausstellung, das Kind, der Mensch, Sängerkrieg auf dem Rathaus, die Farben, Armeebedarf, Funkstation, Flottenvermehrung.

Jülich, 3. Febr. Seit dem letzten Viehmarkt sind hier vier falsche Hundertmarkscheine angehalten worden. Die falschen Scheine sind erkenntlich durch Mängel in der Zeichnung des Albers.

Leipzig, 3. Febr. Die offizielle Beteiligung Englands an der Buchgewerbeausstellung in Leipzig 1914 ist gesichert. Großbritannien errichtet ein Staatsgebäude von 2400 Quadratmeter Grundfläche.

Berlin, 3. Febr. Bei dem ständischen Komitee zur Unterstützung der durch das Hochwasser der Ostsee Geschädigten sind bis heute über 150.000 Mark eingegangen. Weitere Gaben sind sehr erwünscht. Das Bureau befindet sich Berlin, Alsenstraße 10.

Fräulein Professor Maria Gräfin von Vinden, Vorleserin des parasitologischen Instituts der Bonner Universität, erhielt einen Ruf als Abteilungsleiterin des anatomisch-pathologischen Instituts der Universität Rostock und gleichzeitig die Aufforderung, sich dort zu habilitieren.

Im Badofen verbrannt. Ein furchtbarer Unglücksfall trug sich in Pösching (Kreis Torgau) zu. Dort hatte die Frau des Gutsbesizers und Gemeindevorstehers Ernst Bachmann Feuer im Badofen gemacht, um Brot zu backen. Wahrscheinlich ist etwas dabei nicht in Ordnung gewesen und die Frau trock deshalb mit dem Oberkörper in den Badofen hinein. Aus unaufgeklärten Gründen konnte sie jedoch nicht wieder zurück und wurde so von den Flammen ergriffen. Leider wurde ihr Ausbleiben von dem auf dem Hofe tätigen Dienstpörsenal zu spät bemerkt. Als man die Bedauernswerte schließlich im Badofen bemerkte, war der Oberkörper schon völlig verbrannt.

Recht rüftig hat die Flugfähigkeit gleich zu Anfang des Jahres eingekehrt. Der Weltrekordflug des 21-jährigen Mecklenburgers Bruno Langer auf dem Flugplatz Johannishof von 14 Stunden 8 Minuten, wobei der junge Flieger 1400 Kilometer zurücklegte, ist eine Leistung, auf die wir stolz sein können. Hoffentlich bringt 1914 noch manchen schönen Fliegertriumf und — weniger Landungen deutscher Militärflugzeuge auf französischem Boden. Die Landung der **Leutnants Prestien und Gerner** bei Nancy war eine reine Notlandung, verließ in keiner Weise gegen das Luftschiffahrts-Abkommen zwischen Frankreich und Deutschland, und die Haltung der französischen Behörden und der Bevölkerung war durchaus höflich, so daß der Zwischenfall als erlediat ansehn werden kann.

heute zeigen, zusammenreimen. — Aber es will mir fast als zu grausam erscheinen, daß wir Sie für etwas bestrafen sollen, das Sie in geistiger Unmacht begingen.“

In diesem Augenblick kam Fernor wieder herein, und Burchard war froh, daß er auf diese Weise der Notwendigkeit überhoben war, auf die letzten Worte der Französin zu antworten. Der Amerikaner schien sich gefaßt zu haben, oder er verstand seine Gemütsbewegung sehr gut zu verbergen. Er vermochte sogar leicht zu lächeln, als er zu Burchard sagte: „Sie werden mein Benehmen verzeihen, Herr von Randow.“

„Ich begreife in der Tat nicht, wie ich mich so weit vergehen konnte. — Euch beiden brauche ich wohl nicht erst lange zu versichern, daß ich nur in einem Augenblick so handeln konnte, da ich andeuthalb Flaschen Wein getrunken. Ich vertrage eben keinen Alkohol.“

Berthe nickte nur kurz, Boules aber schüttelte dem anderen wieder die Rechte. Und der Zwist von vorhin schien damit tatsächlich vergessen.

Die Französin wollte eben da fortfahren, wo sie vorhin durch den Eintritt des Kleinen unterbrochen worden war, als Burchard ihr hastig zuvorkam:

„Ich bin der Meinung, daß es besser ist, wir betrachten das Thema nun als erledigt,“ sagte er. „Ich meine nur, daß wir mit der Sache nicht mehr lange zu hängen brauchen.“

„Sie meinen, daß es schon vor der verabredeten Stunde geschehen soll?“ fragte Boules.

„Jawohl! — Alle Vorbedingungen sind ja erledigt. Warum sollen wir das zufällige Zusammentreffen hier im Hotel nicht ausnützen? Es ist um zwölf oder eins nicht dunkler als jetzt, und da draußen hält sich in dieser Stunde so wenig ein Mensch auf wie später. Ja, für Sie ist es sogar sicherer, wir gehen jetzt aus. Der letzte Zug von Littleham nach Gmowth, der Anschluß an den Londoner Expreßzug hat, geht um dreiviertel zwölf. Jetzt ist es noch nicht ganz elf; Sie können ihn also erreichen, wenn wir nicht mehr länger zögern. Und mir ist jede Minute qualvoll, die wir noch hier zubringen müssen. Was meinen Sie zu meinem Vorschlag?“

Drei Milliarden Vermögen in Frankfurt a. Main.

Nach den bisherigen Einschätzungen zum Wehrbeitrag beträgt das Vermögen der Einwohner der Stadt Frankfurt mehr als drei Milliarden. Durch den Generalpardon sind 800 Millionen Mark mehr (1) als bisher angegeben worden. Der Wehrbeitrag der Stadt Frankfurt dürfte 45 Millionen Mark betragen. Der Wehrbeitrag der Firma Krupp wird laut „Kreuz-Ztg.“ sechs Millionen Mark betragen. Diese Summe entspricht dem Reinertrage, der der Firma aus den Geschäbbestellungen nach dem jüngsten Wehrgefeß erwächst.

Die Mode ist eine Tyrannin, die nicht nur die Angehörigen des schönen Geschlechts in ihr Joch spannt, sondern die auch auf ganze Industriezweige ihren unentrinnbaren Einfluß ausübt. Hat die Mode irgend einen Stoff oder Puz vorgeschrieben, so können unsere Industriellen der Nachfrage garnicht schnell genug und ausreichend entsprechen; befriedigt sie jedoch über Nacht eine andere Neugier, dann liegen nicht nur die Bestände der gestrigen Brauch, sondern auch die zu deren Herstellung eingerichteten Betriebe sind zum Stillstand verurteilt. Die Industriellen der Damenkonfektion wissen davon ein Lied zu singen. Und gegen diese Modetendenzen gibt es keine Versicherung und keinen staatlichen Schutz, sie wälzen wie das Schicksal. Als plötzlich die engen Damenröcke ausluden, da wandten sich die Textilindustriellen Frankreichs händeringend an die Behörden, sie sollten einschreiten und dahin wirken, daß nicht mit der jähen Verdrängung des weiten Rods die Stofffabriken zur Herabsetzung ihrer Produktion um die Hälfte und zur Entlassung zahlreicher Arbeiter genötigt würden. Es half nichts. Die Mode ist die stärkste wirtschaftliche Macht auf Erden, der gegenüber Minister und Könige machtlos sind.

Das Handwerk, insbesondere das Kunsthandwerk, ist auch heute noch ein Beruf, der seinen Mann nährt und völlig befriedigt. Nur wird mit Recht darüber Klage geführt, daß so viele Eltern ihre Söhne dem Handwerk zu spät zuführen. Wenn der Junge nicht das Abiturium macht, so soll er doch mindestens das einjährig-freiwilligen Zeugnis erwerben. Tritt er mit diesem in die Lehre, so ist er als Lehrling viel zu alt, wird von den Gesellen gehänselt, lernt nichts und wird oft genug noch in reiferen Jahren zu einem Berufswechsel genötigt. Jungen, die für das Kunsthandwerk Anlage verraten, soll man in die Lehre geben, sobald sie das vierzehnte Lebensjahr vollendet haben und konfirmiert sind; denn es ist gerade einer der größten Vorzüge des handwerklichen Berufes, daß es seine Angehörigen frühzeitig auf eigene Füße stellt.

Schwerer Autounfall zweier Reichstagsabgeordneten.

In erschreckender Weise haben sich in letzter Zeit die Autounfälle in Berlin gemehrt. Nun sind auch zwei Reichstagsabgeordnete, die der Zentrumsfraktion angehörenden Herren **Pfarrer Hebel** aus Wiedergeltingen und **Geistlicher Rat, Stadtpfarrer Böh** aus Weimberg bei einem Autounfall schwer verletzt worden. Die beiden Abgeordneten wollten sich von ihrer Berliner Wohnung gemeinschaftlich zum Reichstag begeben. In der Mittenwalder Straße, die sie überschreiten wollten, suchte ein Auto ein anderes zu überholen, und dabei wurden die beiden Herren von dem einen Auto, das eine scharfe Wendung machte, überfahren. Der eine wurde heftig zur Seite geschleudert, der andere kam unter den Wagen zu liegen. Beide Herren erlitten schwere Verletzungen. Sie wurden von Straßenpassanten bemühlos aufgehoben, ärztliche Hilfe war bald zur Stelle, die für die Überführung nach dem St. Hedwigs-Krankenhaus Sorge trug. Einer der Herren hat eine schwere Gehirnerschütterung erlitten. Beide haben sehr erhebliche äußere Verletzungen davongetragen. Bei dem einen wurde von den Ärzten eine schwere Verletzung am Kopf konstatiert; der andere hat Kontusionen am Brustkasten erlitten. Es läßt sich zurzeit noch nicht konstatieren, ob nicht auch schwere innere Verletzungen vorhanden sind, darüber muß erst eine Untersuchung mit Röntgenstrahlen Klarheit geben. Lange Zeit lagen die Patienten ohne Bewußtsein.

Der Zustand der Verletzten ist sehr ernst. Nach der Einlieferung ins Krankenhaus mußten an beiden Herren sofort Operationen vorgenommen werden. — Nach letzten Meldungen hat sich der Vorgang folgendermaßen abgespielt: Die beiden Automobile, die sich an einer Straßenecke begegneten, fuhren scharfes Tempo. Ein Zusammenstoß schien unvermeidlich; um ihm zu entgehen, lenkte der Chauffeur des einen Autos seinen Wagen vorschriftswidrig nach links hinüber und zwar gerade nach der Stelle, wo die beiden Abgeordneten in lebhaftem Gespräch gingen. Böh wollte seinen Kollegen noch bei Seite reißen, es war jedoch schon zu spät, im nächsten Augenblick waren beide Herren überfahren.

Berthe schien einen Augenblick zu überlegen. Dann wandte sie sich an die beiden anderen.

„Ich überlasse es Euch, darüber zu entscheiden! Meiner Meinung nach gibt es kein Hindernis, das uns veranlassen könnte, die — die Sache noch länger aufzuschieben.“

„Ich bin vollkommen einer Ansicht mit Herrn von Randow,“ sagte Boules.

Fernor aber klopfte dem Pseudo-Freiherrn bewundernd auf die Schulter.

„Ich habe es gleich bemerkt, daß Sie ein ganzer Mann sind,“ sagte er. „Ein anderer würde getrachtet haben, jede Minute auszunützen, die ihm noch bleibt. Sie machen es gerade umgekehrt — wirklich, Sie sind ein ganzer Mann.“

Das Wort mußte ihm besonders gefallen; denn er nickte ein paar Mal vor sich hin und wiederholte dann noch einmal: „Ein ganzer Mann.“

Die Französin erhob sich und ging einige Male im Zimmer auf und ab, als könne Sie zu keinem rechten Entschlusse kommen. Wäglich aber blieb sie stehen und warf den Kopf zurück.

„Wie Sie es wünschen,“ sagte sie hart. „Mit einer Stunde ist ja auch am Ende für Sie nicht das mindeste gewonnen.“

Es wurde beschlossen, daß die beiden Amerikaner als Erste das Hotel verlassen und sich nach den Klippen begeben sollten. Zehn Minuten später würde ihnen dann Wolfgang folgen; er sollte am Rande der Klippen entlang gehen, bis er an das kleine Wäldchen hinter dem Flaggenuast kam. Dort würde es geschehen.

Es war gerade die Stelle, an der Wolfgang am Morgen hinuntergeleitet war. Und der Gedanke kam ihm, wie viel besser es für ihn gewesen wäre, wenn er bei dem waghalsigen Versuch hinabgestürzt wäre.

(Fortsetzung folgt)

Letzte Nachrichten.

Berlin, 5. Febr. Eine von dem deutsch-nationalen Handlungsgesellschaften-Verband einberufene Versammlung, in der es sich um die Wahlen zum Kaufmannsgericht handelte, wies unter den etwa 2000 Anwesenden mehrere Hundert Sozialdemokraten auf. Der Führer der Handlungsgesellschaften Thomas griff die Sozialdemokraten scharf an. Als diese dann sprechen wollten, erhob sich ein wüster Lärm. Wie das „Berl. Tagebl.“ erfährt, wurden die sozialdemokratischen Versammlungsbesucher aus dem Saal gedrängt und dabei sei es zu einer lebhaften Prügelei gekommen.

Berlin, 5. Febr. In dem gestern dem Abgeordnetenhaus zugegangenen in den Hauptzügen bekannten Gesetzentwurf zur Abänderung des Kommunalabgabengesetzes ist eine Erweiterung der Steuerzuschlagsrechte bis zu 150 Prozent für die Gemeinden vorgesehen. — Unter dem Vorsitz des Grafen Schwerin-Wörlitz traten gestern die Vorstände der preussischen Landwirtschaftskammern zu ihrer 34. Konferenz zusammen.

Berlin, 5. Febr. Der Senior der deutschen Ärzteschaft, Geh. Sanitätsrat Körte ist gestern im Alter von 97 Jahren an Altersschwäche gestorben.

Kiel, 5. Febr. Das Luftschiff „Sachsen“ überflog gestern nachmittag die Hafenanlagen von Helgoland, umkreiste die Insel, überflog die Düne und das hinter der Düne liegende Geschwader und verschwand dann wieder im dichten Nebel.

Straßburg, 5. Febr. Zum Kommandeur des Infanterie-Regiments Nr. 99, an Stelle des nach Frankfurt a. d. Oder versetzten Obersten von Reuter, ist der Kommandeur der Danziger Kriegsschule, Oberstleutnant Gündel ernannt worden. Sein Nachfolger in Danzig ist Major Müller vom 15. Infanterie-Regiment in Minden.

Petersburg, 5. Febr. Vor seiner Abreise erklärte der griechische Ministerpräsident Venizelos dem Vertreter der Petersburger Telegraphenagentur, er sei von den Ergebnissen seines Besuchs in Petersburg sehr befriedigt.

Rio de Janeiro, 4. Febr. Nach einem Bericht des Gouverneurs sind bei dem Sturm im Staate Bahia mehr als 1000 Menschen umgekommen.

Eingefandt.

Vom 8. bis 27. Februar wird Herr Missionar Blecher im Defanat Weilburg Missionsstunden halten. Blecher hat 13 Jahre von 1897 — 1910 in Südost-Borneo auf der Station Pangloh unter den Dajaks gearbeitet. Heidentum, Muhamedanismus und Christentum ringen auf den Inseln des Archipels um die Herrschaft. Wer wird siegen? Wir wissen es, Christus! Denn ihm ist gegeben alle Gewalt im Himmel und auf Erden. Aber er siegt nur durch geisterrüllte Persönlichkeiten. Können wir als Jünger des Herrn ruhig zusehen, wie die Seelen im Heidentum bleiben oder dem Muhamedanismus verfallen? Müßen wir nicht alle mithelfen, daß Jesus einen Sieg nach dem andern erringt?

Die Welt ist unter die verschiedenen Missionen verteilt, wir gehören zu Barmen, der Rheinischen Mission. So wollen wir freudig den Missionar begrüßen und ihn als den unsrigen ansehen, der für uns den Befehl des Herrn vollzogen hat und für uns hinausgegangen ist, um das Reich Gottes draußen zu bauen. Wir haben dadurch Verpflichtungen gegen den Missionar. Laßt uns unsern Verpflichtungen nachkommen, indem wir alle, groß und klein, zahlreich zu den Versammlungen kommen und dadurch unsere Liebe zur Reichs Sache des Herrn bezeugen. Laßt uns auch dem Missionar geben, was in unsern Kräften steht. Alles bauen kostet Geld, auch das Bauen des Reiches Gottes. Wo Jesus der Herr ist, da bedarf es nur eines Winkes, und man gibt ihm, was er braucht. Der Herr segne die Arbeit des Missionars, daß das Reich Gottes hier und in der Heidenwelt gefördert werde.

Madecke, Pfarrer.

Wesentliches Wetterdienst.

Dienststelle Weilburg.

Wettervorhersage für Freitag, den 6. Februar 1914.

Zeitweise etwas wolkig und vielfach neblig, sonst noch trocken, ein wenig milder.

Vermischtes.

Von nah und fern. Der große Schneefall in den letzten Dezembertagen des vorigen Jahres hat Berlin etwa 410.000 Mark gekostet. Jedes Raummeter Abfuhr kostete 82 Pfg. — In Jena starb Frau Elise Abbe, die Witwe des berühmten Physikers und Begründers der Carl-Zeiß-Stiftung, Professors Ernst Abbe. Sie hat viele wohltätige Stiftungen errichtet. — Ein unbekannter Gauner schädigte in München an einem Tage die Bayerische Vereinsbank um 24.000 Mark und die Vereinsbrauerei um 9000 Mark mittels gefälschter Inkassowechsel. — Die Nachricht von einer amerikanischen Millionenerbschaft, die nach Tadel in Westpreußen gefallen sein sollte, und die viele Anfragen an das zuständige amerikanische Konsulat zur Folge hatte, ist, wie die „Nordb. Allg. Ztg.“ mitteilt, vollkommen erfunden. — Im englischen Lehrersreife nahmen die Schulkinder verschiedener Orte für die streikenden Lehrer Partei und bewarfen Lehrer, die als Hilfskräfte eingestellt worden waren, mit Lehm, Kastenstücken und Steinen.

Ein neuer Schneesturm hat in den Zentralstaaten Nordamerikas viel Unheil angerichtet. Hunderte von Bäumen liegen im Schnee fest, die Eisenbahnverbindungen zwischen fast allen Städten westlich von Ohio sind unterbrochen, ebenso die Telephon- und Telegraphenleitungen. Auf den großen nordamerikanischen Seen ereigneten sich viele Schiffsunfälle. — Ein Nordweststurm legte die tiefer gelegenen Städtchen von Petersburg unter Wasser.

Einen Aeroplanflug rund um die Erde plant man in Amerika. Der Flug, dessen erster Preis 400.000 Mark betragen soll, soll auf der Weltausstellung von San Francisco seinen Anfang nehmen. Der ganze Plan ist so abenteuerlich, daß man an seiner Durchführung berechtigte Zweifel hegen darf.

Eisenhandlung Zilliten.

Wann
heim
am
22.